

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/30

13. Februar 1975

Die Opposition sitzt in einem Glashaus

Das kurze CDU/CSU-Gedächtnis zur Kontrollfunktion des  
Bundeverfassungsgerichts

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB  
Bundeminister der Justiz und Mitglied des SPD-Frödel-  
diums

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

Solide Basis für Entspannung

Zu den Diskussionen des "Bergedorfer Kreises" in  
Moskau

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und  
stellv. Vorsitzender des Bundestagsausschusses für  
Wirtschaft

Seite 3 und 4 / 63 Zeilen

Verneigung vor den Opfern

Zum Fliegertod der Bundeswehr-Soldaten auf Kreta

Von Peter Würtz MdB  
Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages  
und Oberstleutnant der Luftwaffe d.R.

Seite 5 / 20 Zeilen

CSU-Katzenjammer für die Demokratie

Zur Vilshofer-Rede des Franz Strauß in Passau

Von Lothar Schwartz  
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 6 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eberhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 32 60 37 - 36  
Telex: 06 66 648 - 40 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Opposition sitzt in einem Gleishaus

Das kurze CDU/CSU-Gedächtnis zur Kontrollfunktion des Bundesverfassungsgerichts

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Bundeminister der Justiz und Mitglied des SPD-Präsidiums

Die durch spekulative Meldungen ausgelöste Diskussion über das noch gar nicht ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Reform des § 218 StGB war ohnehin peinlich genug. Eine Reihe von Sprechern der Opposition hat sie dadurch noch peinlicher gemacht, daß sie eine nur vermutete Korrektur eines Gesetzes durch das Bundesverfassungsgericht als einen sensationellen Vorgang dramatisierten und der sozialliberalen Koalition mehr oder weniger offen Verfassungsbruch vorwarfen.

Eine solche Darstellung ist - ganz losgelöst vom konkreten Anlaß - sachlich falsch, intellektuell unredlich und unter rechtsstaatlichen Gesichtspunkten in hohem Maß bedenklich. In Wahrheit stellt sie nämlich geradezu einen Angriff auf das System der Verfassungsgerichtsbarkeit dar. Denn wer eine breite Kompetenz des Verfassungsgerichts und eine umfassende Kontrolle der Exekutive und der Legislative durch die Verfassungsgerichte will, der muß konsequenterweise auch in Kauf nehmen, daß Akte der Exekutive und der Legislative gelegentlich korrigiert oder verbindlich in einem anderen Sinne interpretiert werden als die Urheber dieser Akte, etwa die Gesetzgebungsorgane, das wollen. Eines ohne das andere ist eben nicht zu haben. Übrigens ist es auch ganz müßig, darüber zu streiten, ob solche Entscheidungen rechtlicher oder politischer Natur sind. Es sind rechtliche Entscheidungen mit im Einzelfall erheblicher politischer Folgewirkung. Aber auch das ist vom Grundgesetz und vom Bundesverfassungsgerichtsgesetz ausdrücklich so gewollt.

Urteile des Bundesverfassungsgerichts, die Gesetze ganz oder teilweise für nichtig erklären, sind also in einer rechtsstaatlichen Ordnung durchaus keine Rechtskatastrophen, wie die Opposition glauben machen will, sondern Anzeichen dafür, daß diese Ordnung funktioniert. Außerdem: Ist das Gedächtnis der Union wirklich so kurz? Hat sie vergessen, daß das Bundesverfassungsgericht in über 100 Fällen die von der CDU/CSU beschlossenen

Rechtsnormen ganz oder teilweise für nichtig oder mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt hat? Allein in etwa 85 Fällen für die Gesetze!

Viele dieser Entscheidungen betrafen wichtige Grundrechte, andere politische Fragen von erheblicher Bedeutung. Erinnerung sei nur an die zwingende gemeinschaftliche Veranlagung der Ehegatten zur Einkommenssteuer, mit der die CDU/CSU im Einkommensteuergesetz 1951 (§ 26) die Frau "ins Haus zurückzuführen" und das Eheleitbild der "Hausfrauenehe" verbindlich zu machen versuchte. Das Bundesverfassungsgericht erklärte diese Bestimmung ebenso für verfassungswidrig wie den Stichtatbestand des Vaters in Fragen der elterlichen Gewalt. Auch die großzügige steuerliche Berücksichtigung von Spenden an politische Parteien verwarf das Bundesverfassungsgericht. Große Aufsehen erregte weiter das sogenannte Fernsehurteil, mit dem das Bundesverfassungsgericht die von Adenauer betriebene Errichtung der Deutschland-Fernsehen-GmbH für unzulässig erklärte. Schärfer als in diesem Fall ist wohl bisher noch keine Bundesregierung vom Verfassungsgericht gerügt worden!

Nicht nur das Handeln des Gesetzgebers kann verfassungswidrig sein, sondern auch sein Unterlassen. Die CDU/CSU hat sich besonders darin hervorgetan, daß sie Verfassungsaufträge unerfüllt gelassen hat. Jahrelang verschleppte sie z.B. die vom Grundgesetz in Art. 21 gebotene Vorlage eines Parteiengesetzes. Dasselbe gilt für die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Gleichstellung nichtehelicher mit ehelichen Kindern. Im letzten Fall mußte erst Karlsruhe die Union durch ein richterliches Ultimatum auf Trab bringen.

Die Union sitzt also in einem so großen Gleshaus, daß sie nicht den geringsten Anlaß hat, mit Steinen zu werfen. Außerdem, was das Urteil zu § 218 angeht: Wer es mit dem Rechtsstaat ernst meint, sollte es zunächst einmal mit der nötigen Selbstbeherrschung abwarten.

(-/13.2.1975/ka/pr)

+ + +

### Solide Basis für Entspannung

Zu den Diskussionen des "Bergedorfer Kreises" in Moskau

Von Dr. Herbert Ehrenberg MdB

Stellv. Vorsitzender der SFD-Bundestagsfraktion und stellv. Vorsitzender  
des Bundestagsausschusses für Wirtschaft

Die aktive Friedenspolitik der sozialliberalen Koalition ist als wesentliches Element der weltweiten Entspannungsbestrebungen unumstritten, wenn man das Gekläff der CSU negiert. Das ist der dort entwickelten Lautstärke wegen nicht ganz einfach, doch es wird immer notwendiger, wenn der mit den Verträgen von Moskau und Warschau so erfolgreich eingeleitete Weg fortgesetzt werden soll.

Eine Gelegenheit zur Prüfung der Möglichkeiten bot soeben der "Bergedorfer Gesprächskreis". Drei Tage lang wurde in Moskau über Probleme der Entspannung und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit diskutiert, Wissenschaftler und Politiker auf beiden Seiten des Tisches bemühten sich um Lösungen dieser für die weitere Entwicklung der Nationen so entscheidenden Fragen.

Die Ergebnisse lassen sich in drei Schwerpunkte zusammenfassen:

1/ Auf beiden Seiten des Tisches bestand zu Beginn und am Ende der Tagung Einigkeit darüber, daß es zur Entspannungspolitik zwischen den Blöcken lediglich die Alternative des Kalten Krieges gäbe. Und jedermann konnte dem Chefredakteur der "Istwestija", Ljew Tolkunow, nur zustimmen, wenn er erklärte, "daß für vernünftig Denkende eigentlich nicht einmal diese Wahl offensteht. Die mehr als zwanzig Jahre des Kalten Krieges haben weder dem Osten, noch dem Westen noch sonst irgend einem Lande etwas Gutes gebracht." Und allen Detailproblemen zum Trotz zeigte der Verlauf der Diskussion überall das ernsthafte Bemühen, auf der Grundlage des im August 1970 unterzeichneten Vertrages weiterzukommen und Schritt für Schritt die politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zu intensivieren. Wichtigstes Element aller Bemühungen: die Prinzipien der Gleichheit und der Gegenseitigkeit.

2/ Aus jedem Diskussionsbeitrag zu den Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ließ sich erkennen, wie stark auf der sowjetischen Seite die

Ökonomische Basis der Entspannungspolitik ist. Die Führung der UdSSR hat in den 60er Jahren eine wirtschaftliche Entwicklung eingeleitet, die erfolgreich nur abgeschlossen werden kann, wenn auf lange Zeit hinaus westliches Knowhow und westliche Ingenieurleistungen zur Verfügung gestellt werden und eine enge wirtschaftliche Kooperation mit den hochentwickelten Industrienationen gelingt. Die ungeheuren Bodenschätze der Sowjetunion, die riesigen Entfernungen dieses Landes bieten noch gar nicht überschaubare Möglichkeiten; ihre Nutzung aber erfordert einen Kapitaleinsatz, der auf lange Sicht die eigenen Möglichkeiten der UdSSR überfordert.

Das kommt den deutschen Interessen direkt entgegen. Die Wirtschaftsstrukturen der Bundesrepublik und der UdSSR können eine geradezu ideale Ergänzung bilden. Die gegenwärtige Konjunkturschwäche in der Bundesrepublik hat eine Vielzahl struktureller Schwierigkeiten überdeutlich werden lassen; eine ganze Reihe von Wirtschaftszweigen produziert heute noch Güter, für die das deutsche Lohnniveau inzwischen (glücklicherweise) zu hoch geworden ist. Mit dem nächsten Konjunkturaufschwung ist hier eine Verlagerung zu Produktionsmöglichkeiten höherer technologischer Stufen zwingend erforderlich. Grundvoraussetzung dafür sind Volkswirtschaften niedrigerer Produktionsstufen, die an deutschem Ingenieurwissen und der Aufnahme von Dienstleistungen interessiert sind. Die Sowjetunion ist ein solcher Markt.

3/ Politische und wirtschaftliche Möglichkeiten ergänzen sich hier und werden zu Notwendigkeiten. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt damit den Entspannungsbemühungen ein zusätzliches Fundament, das freilich nur bei Erfolg in den Entspannungsbemühungen tragfähig ist. Beides kann nicht in kurzer Zeit erwartet werden. Oder, um noch einmal Tolkunow zu zitieren: "Ein außerordentliches Quantum an Geduld ist notwendig, um den Mechanismus der Zusammenarbeit aufzubauen und in Gang zu bringen, den es bisher noch nie gegeben hat. Doch wir müssen das tun, und zwar von beiden Seiten zugleich, denn die Rückkehr zum Kalten Krieg läßt sich auch im Alleingang vollziehen, aber zur Zusammenarbeit gehören mindestens zwei."

Diese Arbeit ist mühsam, aber notwendig und ohne Alternative. Ein Tatbestand, den endlich auch die CDU einzusehen beginnt, wie die ostpolitischen Bemühungen Walther Leisler Kiep beweisen. Es bleibt zu hoffen, daß sich die CDU-Führung hierin durch Passauer Störfeuer (auch auf dem Umweg über Peking) nicht beirren läßt.  
(-/13.2.1975/ks/pr)

+ + +

Verneigung vor den Opfern

Zum Fliegertod der Bundeswehr-Soldaten auf Kreta

Von Peter Wirtz MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und  
Oberstleutnant der Luftwaffe d.R.

Der Absturz einer "Transall"-Transportmaschine in den weißen Bergen der griechischen Mittelmeerinsel Kreta wird die zuständigen Stellen des Bundesverteidigungsministeriums noch einige Zeit beschäftigen. Bisher ist, so erklärte Bundesverteidigungsminister Georg Leber, die Ursache des Absturzes unerklärlich. Sicher aber ist schon jetzt, daß erst nach Einbruch des Frühlings eine umfassende Erklärung für den Tod von 42 Menschen zu finden sein wird.

Spekulationen über den Hergang des Unglücks und die Schuldfrage helfen nicht weiter. Sie sind im Anblick des Grauens und menschlichen Leidens unsinnig. Erst die sachgerechte und sorgfältige Prüfung aller Beweisstücke wird möglicherweise eine Antwort auf diese oder ähnliche Fragen erlauben.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sollten wir vielmehr deutlich werden lassen, daß mitten im Frieden deutsche Soldaten im Dienst für die Gemeinschaft ihr Leben verloren haben. Schießübungen, die aufgrund der räumlichen Enge der Bundesrepublik im Ausland, also in den Vereinigten Staaten, in Kanada, in Italien und in Griechenland durchgeführt werden müssen, gehören zum Ausbildungsprogramm der Bundeswehraoldaten. So war der Flug nach Kreta ein militärischer Auftrag, der erfüllt werden mußte. Die Soldaten taten ihre Pflicht, so wie es das Soldatengesetz von ihnen verlangt, der Bundesrepublik treu zu dienen. Wir verneigen uns vor diesen Opfern.

(-/13.2.1975/ks/pr)

+ + +

CSU-Katzenjammer für die Demokratie  
-----

Zur Vilshofer-Rede des Franz Strauß in Passau

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Es hatte politische Beobachter gegeben, die vom Lokalwechsel auch eine Änderung des Stils bzw. Unstils beim "politischen Aechermittwoch" der CSU erwartet hatten. Sie gründeten diese Prognose einerseits auf die staatenmännlichen Ehren und Weihen, mit denen Franz Josef Strauß vom kommunistischen China geschmückt und zum führenden Außenpolitiker der CDU/CSU hochstilisiert wurde, und zum anderen auf die persönlichen Karrierepläne des CSU-Vorsitzenden, die eine Korrektur des Strauß-Bildes außerhalb von Bayern eigentlich geboten erscheinen lassen müßten.

Doch F.J. Strauß bleibt unberechenbar. In der Passauer Nibelungenhalle veranstaltete er ein Festival billigster Polemik und böseartiger Demagogie. Er knüpfte damit nahtlos an die "Tradition" seiner Rund- und Tiefschläge von Vilshofen an. Das Instrumentarium der Verdächtigung, Verleumdung und Beleidigung politischer Gegner erinnerte eher noch stärker an den gehässigen Wahlkampfstil, den die Unions-Parteien in den 50er Jahren für angemessen hielten. Genüßlich und hämisch rief Strauß seiner niederbayerischen Gefolgschaft die damaligen agitatorischen Infamien gegen die deutsche Sozialdemokratie in Erinnerung. In ihrer Aktualisierung versuchte er den demokratischen Sozialismus und die Entspannungspolitik der sozial-liberalen Koalition zu diffamieren.

Dabei kam trotz aller gegenteiligen Betauerungen zum Vorschein, daß der noch gebremste Außenpolitiker Strauß Peking als Hebel Sonne gegen Moskau einsetzen möchte: Eine bedrückende Mischung von politischer Naivität, Abenteuerlust und Großmännchensucht. Daran konnte und kann auch die Verweigerung von Strauß nichts ändern, daß die Bundesrepublik Deutschland unter einer CDU/CSU-Regierung die abgeschlossenen Verträge erfüllen würde. Wer, wie Strauß in Passau, die Wahrheit als Wanderpokal bezeichnet, verdient allergrößte Skepsis.

Insgesamt hat sich am Aechermittwoch in Passau die Befürchtung von einer Unregierbarkeit unseres Staates durch die CDU/CSU nachdrücklich bestätigt. Sie hat sich vor allem auch personalisiert. Mit F.J. Strauß an einer Schaltstelle der Regierungsmacht in Bonn müßte unweigerlich chronischer Katzenjammer in unserer Demokratie einziehen. (-/13.2.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freiler